

Vom Quasi-Anspruch auf ordentliche Einbürgerung

*Die Ermessenseinbürgerung zwischen Tradition
und Rechtsstaatlichkeit*

ANDRI OMLIN

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Literaturverzeichnis	XI
Materialienverzeichnis	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
I. Verwaltungshandeln im Rechtsstaat	3
1. Formen des Verwaltungshandelns	3
2. Die Rechtsstaatsidee	3
3. Die Prinzipien rechtsstaatlichen Verwaltungshandelns	4
3.1 Vorbehalt des Gesetzes: Kein Handeln ohne gesetzliche Grundlage	4
3.2 Vorrang des Gesetzes: Handeln in den Schranken des Rechts	6
3.3 Das Willkürverbot	6
3.4 Die Rechtsgleichheit	7
3.5 Das Diskriminierungsverbot	9
3.6 Die Verfahrensrechte, insb. das rechtliche Gehör	9
3.7 Weitere Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns	12
4. Fazit: Verwaltungshandeln als gebundene Tätigkeit	12
II. Die Lehre vom Ermessen: Eingeräumt, ausgeübt, kontrolliert	13
1. Allgemeine Bemerkungen	13
2. Die Programmierung staatlichen Handelns und die Einräumung von Ermessen	13
3. Der Ermessensbegriff und die Ausübung von Ermessen	15
3.1 Ursprünge: Ermessen als nicht überprüfbare Entscheidungsbefugnis	15
3.2 Verzichtbar: Der unbestimmte Rechtsbegriff	16
3.3 Pflichtgemässe Ermessensaussübung	18
3.4 Ermessen und Anspruch als Gegensätze	19
4. Die Kontrolle von Ermessen	22
4.1 Zur Justiziabilität von Ermessensentscheiden	22
4.2 Kognitionsbeschränkungen bei der Überprüfung von Ermessenentscheiden	23
4.3 Verzichtbar: Die Ermessensfehlerlehre	25
4.4 Ermessen und Beschwerdelegitimation	25
5. Fazit: Für einen einheitlichen, zeitgemässen Ermessensbegriff	26

III.	Der Erwerb des Schweizer Bürgerrechts durch ordentliche Einbürgerung ...	29
1.	Staatsangehörigkeit und Bürgerrecht	29
2.	Das Schweizer Bürgerrecht	31
2.1	Grundsätze	31
2.2	Erwerb des Schweizer Bürgerrechts von Gesetzes wegen	32
2.3	Erwerb des Schweizer Bürgerrechts durch behördlichen Beschluss	33
2.4	Verlust des Bürgerrechts	34
3.	Das ordentliche Einbürgerungsverfahren	34
3.1	Verfahrensablauf und bundesstaatliche Kompetenzverteilung.....	34
3.2	Organisatorische Diversität.....	36
3.3	Voraussetzungen der Einbürgerung	36
3.3.1	Grundsatz	36
3.3.2	Formelle Einbürgerungsvoraussetzungen.....	37
3.3.3	Materielle Einbürgerungsvoraussetzung: Erfolgreiche Integration	37
IV.	Rechtsstaatliche Grundsatzfragen und Problemfelder bei der ordentlichen Einbürgerung.....	41
1.	Formelle Aspekte des Einbürgerungsentscheids.....	41
1.1	Rechtsnatur des Entscheids	41
1.2	Begründungspflicht.....	42
2.	Die Zuständigkeitsordnung.....	44
2.1	Bundesstaatliche Kompetenzverteilung	44
2.2	Geeignete Einbürgerungsorgane?.....	45
3.	Die Einbürgerungsvoraussetzungen	48
4.	Rechtsschutz gegen den Einbürgerungsentscheid.....	49
4.1	Allgemeines	49
4.2	Die Rolle des Bundesgerichts beim Ausbau des Rechtsschutzes	50
4.2.1	Allgemeines.....	50
4.2.2	Ausgangslage: Praktisch keine Kontrolle	50
4.2.3	Kontrolle spezifischer Grundrechtsverletzungen ab 2003	50
4.2.4	Revisionen bis 2012	51
4.2.5	Zulassung der Willkür- und Rechtsgleichheitsrüge ab 2012	52
4.2.6	Nach 2012: verstärkter Durchgriff auf kantonale Entscheide.....	53
5.	Ermessen und Anspruch beim Einbürgerungsentscheid	54
5.1	Der Grundsatz: Kein Anspruch auf Einbürgerung	54
5.2	Das Ermessen beim Einbürgerungsentscheid.....	55
5.3	Grenzen der Ermessensausübung.....	56
5.3.1	Allgemein: Pflichtgemässe Ermessensausübung	56
5.3.2	Rechtsgleiche Praxis (Art. 8 Abs. 1 BV).....	56

5.3.3 Keine Diskriminierung (Art. 8 Abs. 2 BV)	57
5.3.4 Keine willkürliche Ablehnung (Art. 9 BV)	59
5.4 Konsequenz: Quasi-Anspruch trotz weiten Ermessens	61
V. Gesamtfazit	65